



Sorgen für einen spannenden Abend: LPC-Präsident Peter Rutz, «Vaterland»-Chefredaktor Günther Fritz, die Regierungschefkandidaten Thomas Zwiefelhofer (VU), Adrian Hasler (FBP) und Pepo Frick (FL) sowie «Radio-Liechtenstein»-Chefredaktor Martin Frommelt (v. l.) Bild Sven Beham

# Nur im Grundsatz herrscht Einigkeit

**VU, FBP und FL ringen um die besten Ideen – so hat der Wahlkampf auch sein Gutes. Dass die Sanierung des Staatshaushalts oberste Priorität hat, darin sind sich alle Parteien einig. In der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden soll, gehen die Ansichten aber auseinander.**

Von Desirée Vogt

**Vaduz.** – Es war eine spannende Diskussion, die der LPC gestern seinen Aktiv- und Fördermitgliedern bot. Auf dem Podium standen die Regierungschefkandidaten für die Landtagswahlen 2013 und liessen sich von «Vaterland»-Chefredaktor Günther Fritz sowie «Radio Liechtenstein»-Chefredaktor Martin Frommelt auf den Zahn fühlen. Aus gesundheitlichen Gründen musste «Volksblatt»-Chefredaktor Heinz Zöchbauer leider am Vorabend absagen.

## Oberste Priorität ist klar

Thomas Zwiefelhofer (VU), Adrian Hasler (FBP) und Pepo Frick (FL) zeigten sich einmal mehr fair und sachlich im Umgang miteinander, nur in ganz wenigen Fragen prallten die Kandidaten kurzzeitig aufeinander. Zwiefelhofer vermochte mit seinem Wissen rund um den Finanz- und Treuhandplatz zu trumpfen, Hasler hielt sich bei seinen Aussagen zum grössten Teil an das von der FBP präsentierte Wahl-

programm und Pepo Frick kam sein Wissen aus dem Landtag zugute und er sorgte in gewohnter Manier mit erfrischend klaren Worten für einige Lacher.

Auch wenn in vielen wichtigen Fragen die Meinungen auseinandergingen – es zeigte sich doch einmal mehr, dass VU, FBP und FL in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten in existenziellen Fragen zusammenhalten und in den Grundzielen Einigkeit herrscht. Zum Wohl des Landes. So ist auch in Sachen Sanierung des Staatshaushalts klar: Das hat oberste Priorität, Liechtenstein darf nicht in die Verschuldung geraten. Während die FBP bei den Ausgaben ansetzt und diese weiter reduzieren, aber auch die Einnahmeseite unter die Lupe nehmen will, schlägt die VU ganz konkret vor, eine Untergrenze bei den Staatsreserven einzuführen. Zwiefelhofer ist überzeugt, dass das Finanzleitbild, in dem bereits Eckwerte definiert sind, um eine solche Grenze ergänzt werden sollte. «Und zwar, solange das Polster von 1,5 Mia. Franken noch vorhanden ist und nicht erst, wenn wir auf 0 sind.»

## An den richtigen Schrauben drehen

Einig sind sich alle, dass in Sachen Personalaufwand bei der Landesverwaltung weiterhin eingespart werden kann und muss. Aber auch hier stellt sich die Frage nach dem Wie. Der Vorschlag von Pepo Frick, die massgebliche Lohnsumme des Verwaltungspersonals von 101,4 Mio. um 4 Mio. Fran-

ken zu kürzen, fand bereits im Landtag nicht viele Freunde. Und auch Zwiefelhofer und Hasler stehen dem kritisch gegenüber. Zwiefelhofer betonte, dass die Aufwandsentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt stabil ist, dass ein solcher «Rasenmäher-Ansatz» aber der falsche Einsatz sei, um zu sparen. Vielmehr müsse erst analysiert werden, welche Leistungen benötigt würden. Erst auf dieser Basis könnten konkrete Massnahmen getroffen werden. Auch Adrian Hasler äusserte sich besorgt: «Die Konsequenz aus diesem Vorschlag könnte sein, dass Leute auf die Strasse gestellt werden müssen.»

Wie bereits im Landtag konnte Pepo Frick diese Befürchtungen auch gestern nicht nachvollziehen. Er könne zwar nicht entscheiden, ob ein Polizist mehr oder eine Reinigungskraft weniger benötigt würde, doch er wisse, dass das Budget für die Abgeordneten die einzige Möglichkeit sei, um an den «Schrauben» drehen zu können. Zudem bleibe das Land aufgrund von Personalfuktuationen ohnehin unter Budget – «das war noch ein moderater Vorschlag», fühlte er sich «im falschen Film».

## Die Schweiz als wichtigster Partner

Die beiden Moderatoren schnitten zahlreiche Themenkomplexe an, lang und breit wurde allerdings die Frage der Strategie und Zukunft des Finanzplatzes diskutiert. Hier zeigt sich, dass grundsätzlich niemand bittere Pillen schlucken mag, die meisten in der

Zwischenzeit aber in der Realität «gelandet» sind. Zumindest die Regierungschefkandidaten. «Wir kämpfen, so gut wir können, müssen uns der Realität aber fügen», brachte es Zwiefelhofer auf den Punkt. Mit Zähneknirschen und der Faust im Sack habe Liechtenstein unter dem Druck von Aussen Vieles schlucken müssen, viele Alternativen seien dem Land aber nicht gelassen worden. Zwar müsse Liechtenstein ab und zu seine eigenen Entscheidungen treffen, grundsätzlich sei das Land mit seiner engen Anlehnung an die Schweiz aber immer gut gefahren, hofft er, in wichtigen Fragen gemeinsame Lösungen mit der Schweiz zu finden. «Wir sind Teil des Finanzplatzes Schweiz. Und können es uns gar nicht leisten, unserem Partner in den Rücken zu fallen.» Dies wird auch von Adrian Hasler unterstützt, der überzeugt ist, dass Politiker und Akteure aus der Banker- und Treuhandbranche sich gemeinsam an einen Tisch setzen müssen, um sich auf eine gemeinsame Richtung zu einigen, damit auf dem Markt keine Grabenkämpfe entstehen.

Wenn man ein Geschäftsmodell für die Zukunft will, darf man nicht nur die Angst um den Ruf und die Reputation des Finanzplatzes vor Augen haben, sondern muss sich getrauen, wieder Innovationen zuzulassen, so die Meinung Zwiefelhofers. Pepo Frick bedauert, dass die Weissgeldstrategie im Treuhandwesen noch nicht von allen akzeptiert wird und appellierte an alle

Akteure und an die Vernunft der Politik, in dieser Frage am selben Stick zu ziehen. «Es ist sehr wichtig, dass alle Spieler auf dem Finanzplatz mit einbezogen werden. Das wollte die Regierung auch, leider wollten das einige Akteure aber nicht.»

## Diskussion muss möglich sein

Weniger einig sind sich die Parteien in Sachen Zuwanderungspolitik. Die FBP spricht sich dafür aus, die heutige Quote, die auf Druck der Wirtschaft bereits einmal erhöht wurde, aufrechtzuerhalten. «Damit kann dem heutigen Bedarf der Wirtschaft Rechnung getragen werden», so Hasler. Zwiefelhofer fragt sich hingegen, wie die FBP damit ein «Plus an Wirtschaftswachstum» erreichen wolle. Vor noch nicht allzu langer Zeit habe sie auch von einer «Öffnung für Fachkräfte» gesprochen. Er wundere sich, dass die FBP ihre Position geändert habe, nachdem die Quote um nur 15 Prozent – das sind 13 Personen – gesteigert worden sei. «Wenn wir unsere Ausgabenausfälle mit einem Wirtschaftswachstum kompensieren wollen, dann brauchen wir Fachkräfte. Keine unkontrollierte Öffnung und keine Abschaffung der Quote. Aber es soll möglich sein, in dieser Frage zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen.» Dem stimmt auch Pepo Frick zu, gibt aber gleichzeitig zu bedenken, dass in jedem «eine Portion Fremdenfeindlichkeit» steckt. Es sei wichtig, auf die Menschen im Land zu hören.

# Krankenkassenprämien steigen durchschnittlich um 2,3 Prozent

**Die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) für das Jahr 2013 steigen durchschnittlich um 2,3 Prozent. Die Durchschnittsprämie ohne Unfalldeckung für Erwachsene beträgt 265, mit Unfalldeckung 277 Franken.**

**Vaduz.** – Das Amt für Gesundheit hat die von den Krankenkassen vorgeschlagenen Abänderungen der Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) für das Jahr 2013 auf Basis der Kostenentwicklung und der vorgelegten Budgets der Kassen für 2013 überprüft und genehmigt. Die durchschnittliche Prämien-erhöhung beträgt 2,3 Prozent.

Die Krankenkassen haben beim Amt für Gesundheit per Ende Oktober fristgerecht ihre Budgets für das Geschäftsjahr 2013 zusammen mit den geplanten Änderungen der Beiträge der Versicherten (Prämien) eingereicht. Das Amt für Gesundheit hat

die Budgets sowie die geplanten Prämien für 2013 der einzelnen Kassen auf deren Plausibilität geprüft. Die durchschnittliche, im Verhältnis zur jeweiligen Mitgliederanzahl gewichtete Prämiensteigerung im Jahr 2013 liegt bei 2,3 Prozent. Die Durchschnittsprämie ohne Unfalldeckung für Erwachsene beträgt im Jahr 2013 265 Franken.

## Staatsbeitrag um 2 Mio. gekürzt

Für die Prämien-erhöhung im Jahr 2013 sind folgende Faktoren wesentlich: Die Kostenentwicklung lag in den letzten drei Jahren mit 3,1 Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt von 4,5 bis 5 Prozent. Andererseits haben sich die Ertragslage und somit auch die Reservesituation in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt.

Die tatsächliche Kostenentwicklung in den kommenden Jahren wird stark von der Einführung des Swiss-DRG in der Schweiz und im Landes-ospital sowie der zukünftigen Ausge-

staltung der Krankenversicherung in Liechtenstein abhängen. Der Staatsbeitrag an die übrigen Versicherten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wurde im 2012 konstant gehalten, für 2013 wurde er um 2 Mio. Franken gekürzt. Die Kassen werden gemäss Auftrag des Landtags die Kürzung durch den Abbau von Reserven ausgleichen.

## Kein Kanton mit niedrigerer Prämie

Die durchschnittliche Prämie in Liechtenstein mit Unfalldeckung beträgt 277 Franken. Mit 387,70 Franken im schweizerischen Durchschnitt (+1,5 Prozent gegenüber Vorjahr) müssen die schweizerischen Nachbarn tiefer in die Tasche greifen. Auch in den angrenzenden Kantonen zahlen die Versicherten mit durchschnittlich 350,19 Franken (Kanton St. Gallen, +1,8 Prozent) bzw. 324,29 Franken (Kanton Graubünden, +1,7 Prozent) deutlich mehr für die Grundversicherung als die Versicherten im Fürstentum Liechtenstein. (ikr)

## Tiefste Temperaturen gemessen

**Bern.** – Der Winterbeginn über das Wochenende hat die bisher kälteste Nacht des Winterhalbjahrs gebracht. In der Nacht auf gestern sank das Thermometer im Mittelland vieler-

orts deutlich unter den Gefrierpunkt. Am kältesten war es im waadtländischen Bière mit -9 Grad. Wegen der Nebelbildung war es in der Ostschweiz gesamthaft milder. (sda)

formvollendeter  
Tansanit

Goldschmied  
**Raphael Huber**  
Juwelen · Schmuck · Exclusive Einzelanfertigungen  
Altenbach 1 · 9490 Vaduz · Liechtenstein · T +423 252 61 21